

## **Deutsche Sicherheits- und Rüstungspolitik: Wirtschaftlich Denken - Europäisch Handeln – Nationale Sicherheitsinteressen wahren**

Beschluss des Deutschlandrates der Jungen Union  
vom 10. bis 11. November 2018 in Schrobenhausen

### **Präambel**

Die Welt hat sich in den letzten beiden Dekaden dauerhaft und spürbar verändert: In hoher Dynamik haben sich die Bedrohungsszenarien gewandelt und etablierte Verteidigungsstrukturen in neuer Form herausgefordert. Neue Konfliktformen wie Terrorismus, hybride Kriege und Cyberangriffe setzen auf Spaltung und Destabilisierung ganzer Gesellschaften. Die fortschreitende Vernetzung führt zu einer Globalisierung regionaler Krisen. Geografische Distanzen spielen keine Rolle mehr, viele Entwicklungen haben direkte und indirekte Auswirkungen auf Europa und damit auch auf Deutschland. Die Welt in ihrer neuen Unordnung erfordert ein handlungsfähiges Deutschland in einem stabilen Europa. Nur mit einem ganzheitlichen strategischen Ansatz, der ressortübergreifend agiert, gesamtgesellschaftlich ertüchtigt und auf Partnerschaften baut, können wir Stabilität und Sicherheit schaffen. Garant für ein handlungsfähiges Deutschland ist dabei unsere Bundeswehr mit ihren europäischen und weltweiten Partnern. Sie benötigt neben hoch motivierten Soldaten und verantwortungsbewusstem Einsatz ihrer Kräfte vor allem auch das entsprechende Material, um ihre Aufgaben wahrzunehmen.

### **NATO-Ziel der Zwei-Prozent-Quote**

Die Bundeswehr hat drei Jahrzehnte eines Sparkurses hinter sich. Insbesondere in den Bereichen permanente Instandhaltung bzw. Wartung, und Kampfwertsteigerung gibt es Nachholbedarf, aber auch in der Weiterentwicklung von neuen Fähigkeiten. Wir fordern daher ein konsequentes Festhalten an dem mit unseren NATO-Verbündeten vereinbarten Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Verteidigungsausgaben zu investieren. Mittelfristig benötigen wir einheitliche Kriterien um Qualität von Waffensystemen und Effizienz von Rüstungsprojekten zu steigern sowie eine Ausweitung der NATO-Zielvorgaben unter Berücksichtigung eines umfassenden Sicherheitsbegriffs (Entwicklungszusammenarbeit, Polizeieinsätze, Krisenprävention). Um sich dem Zwei-Prozent-Ziel zu nähern sind jetzt schon parallele Mittelerrhöhungen sowohl für militärische Zwecke als auch für zivile Krisenprävention, Entwicklungszusammenarbeit und Sicherheitskooperationen zwingend erforderlich.

## **Stärkung der deutschen wehrtechnischen Industrie**

Die deutsche wehrtechnische Industrie leistet einen wichtigen Beitrag für die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands. Sie ist insbesondere für die Auftragserfüllung der Bundeswehr im Bündnis und ihre Einsatzbereitschaft unverzichtbar. Für die Durchführung von militärischen Einsätzen bedarf es einer entsprechenden Ausrüstung unserer Einsatzkräfte. Die dazu notwendige Versorgungssicherheit muss durch eine nationale, innovative wehrtechnische Industrie in Zusammenarbeit mit europäischen Partnern gewahrt werden.

Die Junge Union setzt sich klar für eine Stärkung der deutschen wehrtechnischen Industrie, insbesondere mit einer konsequenteren Berücksichtigung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, ein. Durch die Einführung von Mittelstandslotsen, die die Unternehmen bei Ausschreibungen und bei verschiedenen Besonderheiten der wehrtechnischen Industrie beispielsweise im juristischen Bereich unterstützen, sollen insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen gefördert werden.

Innovation benötigt die Investition in Forschung und Entwicklung (F&E). Die Junge Union wird sich für die Schaffung von wettbewerblichen Rahmenbedingungen in Europa einsetzen, die es den Unternehmen erlauben, wirtschaftlich zu produzieren und ihre F&E-Investitionen in Deutschland fortzusetzen. Dabei wird es darauf ankommen, die F&E-Anstrengungen auf Zukunfts- und Schlüsseltechnologien unter anderem auch in Zukunftsbereichen wie Cyber und Space zu konzentrieren, nicht zuletzt in einer verstärkten Zusammenarbeit mit Partnern in der EU oder der NATO. Wir fordern, mindestens 10 % des investiven Budgets in F&E zu investieren.

Wehrtechnisch muss heute im Großen und Ganzen europäisch gedacht werden. Dennoch gilt es in ausgewählten nationalen Schlüsseltechnologien, die in einem Strategiepapier der unionsgeführten Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland definiert wurden, eine nationale Exzellenz zu behalten und auszubauen. Darauf baut das Konzept des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) zur Stärkung des wehrtechnischen Mittelstandes auf. Die Bundesrepublik bekennt sich im Rahmen der wachsenden Europäisierung der Verteidigungsindustrie zum Erhalt nationaler verteidigungsindustrieller Schlüsseltechnologien. Es gilt, die erforderlichen militärischen Fähigkeiten und die Versorgungssicherheit der Bundeswehr sowie die Rolle Deutschlands als zuverlässigem Kooperations- und Bündnispartner technologisch und wirtschaftlich sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung verteidigungsindustrielle Schlüsseltechnologien identifiziert:

- Führung (vor allem Kryptotechnologie),
- Aufklärung (vor allem Sensorik),
- Wirkung (vor allem Technologien in den Bereichen gepanzerte Plattformen sowie Unterwassereinheiten),
- Unterstützung (vor allem Schutztechnologien),

wobei querschnittlich der Aspekt „Systemfähigkeit“, die Möglichkeit, das ganze System zu kontrollieren, zu berücksichtigen ist. Diese Liste verteidigungsindustrieller Schlüsseltechnologien ist regelmäßig zu überprüfen.

Angesichts der Sicherheitslage ist neben dem internationalen Engagement die bereits eingeleitete Refokussierung auf Bündnis- und Landesverteidigung dringend erforderlich. Das dazu notwendige zusätzliche Material, die Modernisierung des vorhandenen sowie der Erwerb neuer Fähigkeiten bedürfen zusätzlicher Investitionen zum bisherigen Investitionsplan. Dieses Geld muss so schnell wie möglich bereitgestellt werden, um eine Vollausstattung und eine Erweiterung des Fähigkeitsspektrums zu gewährleisten.

### **Beschaffungsprozesse optimieren**

Die „Agenda Rüstung“ ist ein wichtiger Schritt, um mehr Transparenz und Kontrolle beim Beschaffungsprozess zu gewährleisten. In einem zweiten Schritt sollten Qualifizierungs- und Zertifizierungsprozesse weiter vereinfacht und Verfahrenswege verkürzt werden, damit wir den dringend erforderlichen Zulauf vieler Rüstungssysteme zeitnah garantieren können. In der Beschaffungspraxis muss die Möglichkeit für mehr Direktvergaben gegeben sein. Die Annuität des Einzelplans 14 muss in der heutigen Form aufgehoben und weiter flexibilisiert werden.

### **Multinationalität und Integration**

Die im Rahmen des „Framework-Nation“-Konzepts initiierte Zusammenarbeit von aktuell 15 europäischen Staaten in der NATO muss weiter vorangetrieben werden. Als wichtiger Stabilitätsanker in Europa ist Deutschland bereit, hierbei mehr Verantwortung zu übernehmen und als Treiber und Moderator zu agieren. Mit Blick auf die rund 1,5 Millionen Soldatinnen und Soldaten gilt es in Europa, das Zusammenwirken der Streitkräfte auszubauen und effizienter zu gestalten. Durch weitere bilaterale und multilaterale Kooperationen muss eine optimierte Integration der Bundeswehr mit den Streitkräften anderer EU-Staaten angestrebt werden.

Auch im wehrtechnischen Sektor muss europäisch gedacht werden, denn die Junge Union sieht die Notwendigkeit, die europäischen Anstrengungen zur Stärkung unserer verteidigungsbezogenen Forschung, Fähigkeiten und Operationen zu intensivieren.

Die Junge Union unterstützt den Vorschlag für eine Europäische Verteidigungsunion und für einen Europäischen Verteidigungsfonds. Die Junge Union begrüßt, dass eine inklusive und ehrgeizige Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) geschaffen wurde. Sie gilt es mit Leben zu füllen. Es sollten daher konkrete gemeinsame Projekte und Initiativen zur Unterstützung der gemeinsamen Ziele, Verpflichtungen und Kriterien der PESCO ermittelt werden.

Europäischer Verteidigungsfonds, die stärkere Nutzung von Projekten der Europäischen Investitionsbank für die Förderung von Investitionen im Bereich der Dual-Use-Güter und die Stärkung des Binnenmarkts im Bereich der Verteidigungsindustrie sind wichtige Schritte hin zu einer Stärkung und Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und damit zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Kontext.

### **Europäische Achse: Deutsch-Französische Beziehungen**

Die Junge Union ist davon überzeugt, dass wir Europäer unsere gemeinsame geostrategische Verantwortung für Freiheit und Frieden wahrnehmen und bei der Bewältigung von Konflikten in unserer Nachbarschaft mithelfen müssen. Wir unterstützen daher den Vorschlag für eine Europäische Verteidigungsunion und für einen Europäischen Verteidigungsfonds. Deutschland ist ein wichtiges Mitglied der NATO und arbeitet für ihren Erfolg. Aber die EU muss sich selbstständig wappnen, wenn sie dauerhaft bestehen will.

Mit den Beschlüssen des Deutsch-Französischen Ministerrats vom 13. Juli 2017 wurde ein Nukleus dieser europäischen Zusammenarbeit wiederbegründet. Sie haben für die nächsten Jahre weitgehende Weichenstellungen in der deutsch-französischen Rüstungszusammenarbeit vorgenommen. Konkret ist die Entwicklung eines europäischen Kampffjets geplant, der langfristig die aktuellen Kampfflugzeug-Flotten beider Länder ersetzen soll. Auch eine gemeinsame Drohne soll entwickelt werden. Darüber hinaus prüfen beide Länder die gemeinsame Beschaffung eines neuen Kampfpanzers und eines Seefernaufklärers. Die Vorhaben sollen auch anderen europäischen Staaten offenstehen. Dabei gilt es für die Bundesregierung zu beachten, dass Industriekooperationen auf Augenhöhe und mit klarer und ausgewogener Zuteilung der Kompetenzen ablaufen.

Das sogenannte Schmidt-Debré-Abkommen von 1972 ist bis heute in Kraft. Damals legten die beiden Verteidigungsminister fest, dass keine der beiden Regierungen den Export deutsch-französischer Rüstungsgüter blockiert. Dieses Erfolgsmodell muss auch in allen oben genannten Projekten inklusive der Bewaffnung der Plattformen umgesetzt werden. Nur in absoluten Ausnahmefällen sollen Ausfuhrgenehmigungen verweigert werden.

## **Exportstandards**

Die Junge Union unterstützt eine verantwortungsbewusste und ethisch vertretbare Rüstungsexportgenehmigungspolitik. Sie strebt allerdings eine stärkere europäische Abstimmung an und befürwortet auf Ebene der EU eine weitere Harmonisierung der europäischen Exportkontrollpolitik. Die Bundesregierung soll die deutsche Rüstungsindustrie bei ihren Exportbemühungen in dem Maße unterstützen, in dem dies auch andere europäische Länder für ihre Rüstungsindustrien tun, insbesondere wenn nationale Sicherheitsinteressen davon betroffen sind. Dabei ist eine stärkere europäische Abstimmung anzustreben. Verzögerungen von Genehmigungsverfahren aus sachfremden Gründen müssen soweit möglich verhindert werden. Davon nicht berührt sind Überprüfungen laufender Projekte aufgrund akuter, nicht vorhersehbarer politischer Entwicklungen.